



**„Wer die innere Sicherheit leichtfertig aufs Spiel setzt,
gefährdet unsere gemeinsame Zukunft!“**

Leitantrag zum Landestag 2016

am 17./18. September 2016 in Bad Zwischenahn

Verfasser:

Fabian von Lübken
Franziska Lammer

Einleitung

1 Im Jahr 2015 wurden laut Polizeilicher Kriminalstatistik in Deutschland 6.330.649 Straftaten registriert,
2 was gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von 4,1 Prozent bedeutet (2014: 6.082.064 registrierte Straf-
3 taten). Auch wenn der Anstieg der Anzahl der registrierten Straftaten beinahe ausschließlich auf die
4 hohe Zahl an ausländerrechtlichen Verstößen infolge der Flüchtlingskrise zurückzuführen ist und sich
5 die Anzahl der registrierten Straftaten ohne ausländerrechtliche Verstöße nur leicht auf 5.927.908
6 (2014: 5.925.668) erhöht hat, so handelt es sich dennoch um beunruhigende Zahlen.¹

7 Die innere Sicherheit in Deutschland ist aktuell so stark gefährdet, wie seit vielen Jahren nicht mehr. Zu
8 den bereits seit Jahren bestehenden Gefahren für die innere Sicherheit wie etwa der Organisierten Kri-
9 minalität, sind in den letzten Jahren Neue hinzugetreten, wie bspw. der dramatische Anstieg von Woh-
10 nungseinbrüchen. Auch die starke Zuwanderung von Flüchtlingen – und jenen, die sich als solche aus-
11 geben – stellt Polizei und Sicherheitsbehörden vor neue Herausforderungen, wie nicht zuletzt die scho-
12 ckierenden sexuellen Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städ-
13 ten, aber auch die inakzeptablen Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte zeigen. Und spätestens mit den
14 verheerenden Terroranschlägen in Paris und Brüssel im November letzten und im März diesen Jahres ist
15 der Terrorismus auch im Bewusstsein der Bevölkerung als allgegenwärtige Gefahr nach Europa und
16 Deutschland zurückgekehrt.

17 Während sich Polizei und andere Sicherheitsbehörden bei der Gefahrenabwehr und Verfolgung von
18 Straftaten immer neuen und größeren Herausforderungen ausgesetzt sehen, sind sie selbst schon seit
19 langer Zeit an ihrer Belastungsgrenze angelangt bzw. werden über diese hinaus belastet. Bedingt durch
20 diese Entwicklungen nimmt das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung immer weiter ab und weicht einem
21 Gefühl der unmittelbaren Bedrohung. Immer mehr Deutsche befürchten einen Kontrollverlust des Staa-
22 tes.² Diese Entwicklung gibt Anlass zu ernster Sorge. Nicht zuletzt auch deshalb, weil infolge des abneh-
23 menden Sicherheitsgefühls immer öfter Bürgerwehren auf den Straßen patrouillieren, da immer mehr
24 Bürger meinen, die eigene Sicherheit selbst in die Hand nehmen zu müssen.

25 Diesen Entwicklungen muss dringend Einhalt geboten werden. Das Gewaltmonopol des Staates ist eine
26 der drei Säulen des modernen Nationalstaates und darf weder von Kriminellen noch von Bürgerwehren
27 konterkariert werden. ***Wir als Junge Union (JU) Landesverband Oldenburg haben vollstes Vertrauen in***

¹ Vgl. für alle Zahlen: Polizeiliche Kriminalstatistik 2015, S. 8 ff., im Internet abrufbar unter: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/05/pks-und-pmk-2015.html>; letzter Abruf: 06.07.2016.

² Deutsche fürchten den Kontrollverlust des Staates, Die Welt vom 12.07.2016, im Internet abrufbar unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article156994682/Deutsche-fuerchten-den-Kontrollverlust-des-Staates.html>; letzter Abruf: 12.07.2016.

28 **die Arbeit von Polizei und Sicherheitsbehörden, aber diese müssen sowohl personell als auch materiell**
29 **in die Lage versetzt werden, die Gefahren für die innere Sicherheit effektiv zu bekämpfen.**

Bessere Ausstattung von Polizei und Sicherheitsbehörden

30 Unsere gemeinsame Sicherheit wird tagtäglich von unzähligen Polizeibeamten geschützt, die bei ihrer
31 nicht ungefährlichen Arbeit oftmals ihre Gesundheit oder gar ihr Leben gefährden. Der JU Landesver-
32 band Oldenburg unterstützt die Arbeit der Polizei ausdrücklich und zollt allen Polizisten Dank und Res-
33 pekt für ihre Arbeit. Die Polizei ist nicht weniger als der Garant unserer Sicherheit!

34 In den vergangenen Jahren sieht sich die Polizei jedoch sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene
35 immer neuen Herausforderungen und Aufgaben ausgesetzt, wie etwa der Verhinderung von Terroran-
36 schlägen, der Bekämpfung von Cyberkriminalität oder zuletzt der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Ins-
37 besondere die Registrierung der Flüchtlinge und die temporäre Wiedereinführung der Grenzkontrollen
38 haben dazu geführt, dass die Belastungsgrenze der Bundespolizei endgültig erreicht bzw. sogar über-
39 schritten wurde. Doch auch in Niedersachsen ist die Polizei an ihrer Belastungsgrenze angelangt. Die
40 niedersächsischen Polizeibeamten schieben unvorstellbare 1,45 Mio. Überstunden vor sich her.³ In an-
41 deren Bundesländern sieht es nicht besser aus. Dies hat zur Folge, dass die Polizei die Kriminalität nicht
42 mehr umfassend, sondern lediglich noch schwerpunktmäßig bekämpfen kann und es bei vielen Strafta-
43 ten zu einem entsprechenden Rückgang der Aufklärungsquote kommt. Die Verantwortung dafür trägt
44 jedoch ausdrücklich nicht die Polizei, sondern vielmehr die Politik, die aufgrund von politischen Fehl-
45 entscheidungen in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr Stellen bei der Polizei abgebaut hat.

46 **Der JU Landesverband Oldenburg setzt sich dafür ein, den Personalnotstand bei der Bundespolizei und**
47 **der niedersächsischen Polizei zu beheben.** Daher begrüßen wir ausdrücklich die von der Bundesregie-
48 rung beschlossene Aufstockung der Bundespolizei um 3.000 Stellen, auch wenn dies nur ein erster
49 Schritt sein kann und die Bundespolizei personell weiter drastisch aufzustocken ist. Wir würden uns
50 wünschen, dass auch die rot-grüne Landesregierung die Zeichen der Zeit erkennt und dem Beispiel der
51 Bundesregierung folgt. **Der JU Landesverband Oldenburg fordert die niedersächsische Landesregierung**
52 **daher ausdrücklich auf, in den kommenden fünf Jahren wenigstens 1.000 zusätzliche Polizisten im Poli-**
53 **zeivollzugsdienst einzustellen.**

54 Das Ziel der personellen Aufstockung der Polizei in Bund und Ländern kann aber nur dann erreicht wer-
55 den, wenn der Beruf des Polizeibeamten für junge Menschen wieder attraktiver wird. Dafür ist zum ei-
56 nen die finanzielle Stellung der Polizeibeamten zu verbessern. **Der JU Landesverband Oldenburg fordert**

³ „Polizei-Gewerkschaft klagt über 1,45 Millionen Überstunden“, Weser-Kurier vom 12.2.2016, im Internet abrufbar unter http://www.weser-kurier.de/region_artikel,-Polizei-Gewerkschaft-klagt-ueber-145-Millionen-Ueberstunden-_arid,1312229.html; letzter Abruf: 06.07.2016.

57 **daher, das Einstiegsgehalt für Polizisten nach Abschluss der Ausbildung bundesweit einheitlich auf die**
58 **Besoldungsstufe A10 hoch zu stufen. Außerdem müssen die Gehälter der Polizeibeamten künftig auto-**
59 **matisch entsprechend den Ergebnissen der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes angepasst wer-**
60 **den.** Zum anderen ist es zwingend erforderlich, sowohl die technische Ausstattung der Polizei insgesamt
61 als auch die persönliche Ausstattung der einzelnen Polizisten deutlich zu verbessern, um ihnen günstige
62 Arbeitsbedingungen zu bieten und ihnen den größtmöglichen Schutz im Einsatz zu gewähren. **Wir als**
63 **JU Landesverband Oldenburg fordern daher, unsere Polizisten mit der besten Ausrüstung und der mo-**
64 **dernsten Technik auszustatten.** Das Verbrechen, insbesondere die Organisierte Kriminalität, darf der
65 Polizei technisch nicht überlegen sein.

66 Da der Schutz der Polizisten und ihrer Familien für uns an erster Stelle steht, lehnen wir die von Grünen
67 und Linken geforderte Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten bei Demonstrationen und Großver-
68 anstaltungen entschieden ab. Eine solche Pflicht würde nur den Feinden unseres Rechtsstaates in die
69 Hände spielen. Aus diesem Grund lehnen wir auch die Pläne der niedersächsischen Landtagsfraktion der
70 Grünen entschieden ab, wonach es der Polizei bei Demonstrationen künftig verboten sein soll, Pfeffer-
71 spray gegen Gewalttäter einzusetzen. **Vielmehr setzen wir uns dafür ein, dass die Polizei in Deutschland**
72 **künftig auch Gummigeschosse gegen Gewalttäter bei Demonstrationen oder Fußballspielen einsetzen**
73 **darf.** Die Grünen offenbaren mit ihrer Haltung nur einmal mehr, dass sie unsere Polizei nicht als Freund
74 und Helfer, sondern als Feind betrachten.

75 Für uns als JU Landesverband Oldenburg ist es überdies selbstverständlich, dass die Polizei für eine ef-
76 fektive Kriminalitätsbekämpfung nicht nur eine gute personelle und technische Ausstattung benötigt,
77 sondern auch über die erforderlichen rechtlichen Kompetenzen und Instrumentarien verfügen muss.
78 **Wir sprechen uns daher klar und deutlich für die Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsda-**
79 **ten sowie eine massive Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum aus.** Beide Instru-
80 mente leisten einen enorm wichtigen Beitrag bei der Verhütung und Aufklärung von Straftaten.

81 **Darüber hinaus sprechen wir uns dafür aus, die Geheimdienste Bundesnachrichtendienst, Bundesamt**
82 **für Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst in ihrer jetzigen Form zu erhalten und ihre**
83 **Kompetenzen zu stärken.** Eine wehrhafte Demokratie kann auf diese vom Parlament kontrollierten Si-
84 cherheitsbehörden nicht verzichten, denn auch unsere Geheimdienste leisten einen unverzichtbaren
85 Beitrag für die Innere Sicherheit in Deutschland. Gleichwohl müssen die Kooperation und der Informa-
86 tionsaustausch zwischen den Geheimdiensten und der Polizei weiter verbessert werden. Damit die Ge-
87 heimdienste ihrem Auftrag jedoch auch gerecht werden können, muss bei der parlamentarischen Kon-
88 trolle das Prinzip „so viel wie nötig, so wenig wie möglich“ gelten. Wir als JU Landesverband Oldenburg
89 lehnen die Pläne von SPD, Grünen und Linken für eine immer stärkere und weitreichendere Kontrolle

90 der Geheimdienste daher entschieden ab. Die Arbeit der Geheimdienste darf nicht aufgrund von ideo-
91 logischen Vorstellungen beeinträchtigt oder gar behindert werden.

Herausforderungen durch Zuwanderung

92 Eine neue und zudem große Herausforderung für die Innere Sicherheit in Deutschland stellen auch die
93 Zuwanderung und ihre Folgen dar. Im Jahr 2015 kamen mehr als 1 Mio. Flüchtlinge – und jene, die sich
94 als solche ausgeben – zu uns nach Deutschland. Dies stellt ein Prozent der Gesamtbevölkerung der Bun-
95 desrepublik Deutschland dar. Bereits heute haben rund 20 Prozent der Bevölkerung einen Migrations-
96 hintergrund. Nachdem durch große ehrenamtliche Hilfe, ohne die die Flüchtlingskrise nicht in dieser Art
97 und Weise zu bewältigen gewesen wäre, die Flüchtlinge untergebracht und versorgt wurden, müssen
98 diejenigen, die auf Dauer in unserem Land bleiben werden, nun dringend integriert werden.

99 Welche dramatischen Folgen eine misslungene Integration haben kann, zeigen die Beispiele der Pariser
100 Vororte oder des Brüsseler Stadtteils Molenbeek. Durch eine gelungene Integration derjenigen Flücht-
101 linge, die eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung in unserem Land erhalten, kann verhindert werden,
102 dass sich die zweite oder dritte Generation der im letzten Jahr zu uns gekommenen Menschen radikali-
103 siert oder kriminalisiert und sich so zu einer Gefahr für die Innere Sicherheit entwickelt. ***Für eine erfolg-
104 reiche Integration setzen wir als JU Landesverband Oldenburg im Wesentlichen auf zwei Pfeiler: Auf
105 Bildung und auf Arbeit.***

106 Die wichtigste Voraussetzung ist dabei, dass die Flüchtlinge den Zugang zu Sprachkursen erhalten. Die
107 Sprache ist das wichtigste Werkzeug für eine erfolgreiche Integration. Dazu braucht es aber genügend
108 Lehrer, vor allen Dingen solche Lehrer, die Deutsch als Zweit- bzw. Fremdsprache vermitteln können.
109 ***Daher fordern wir die niedersächsische Landesregierung auf, genügend Stellen zu schaffen und das ent-
110 sprechende Lehrpersonal einzustellen, um zu gewährleisten, dass möglichst viele Flüchtlinge schnell un-
111 sere Sprache lernen.*** Nur dann können sie auch zeitnah auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt werden. Die
112 bisher von der Landesregierung geschaffenen Stellen sind nicht ansatzweise ausreichend und nichts An-
113 deres als eine Blamage für das Land Niedersachsen. Zur Bildung gehört für uns aber auch, dass genügend
114 Plätze in den Integrationskursen geschaffen werden. Eine gelungene Integration der Flüchtlinge und
115 Zuwanderer durch Arbeit und Bildung stellt einen wichtigen Beitrag für unsere Innere Sicherheit in
116 Deutschland dar. Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil es für radikale Islamisten, wie bspw. die Salafisten,
117 besonders leicht ist, solche Menschen für sich zu gewinnen, die über einen niedrigen Bildungsgrad und
118 keinen oder nur einen schlecht bezahlten Arbeitsplatz verfügen. Auch aus diesem Grund muss der
119 Rechtsstaat zukünftig verhindern, dass radikale Islamisten versuchen, Mitglieder in den Flüchtlingsun-
120 terkünften zu rekrutieren.

121 Unsere Gesellschaft darf nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, dass die massive Zuwanderung
122 von Flüchtlingen auch eine erhebliche Herausforderung für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit
123 in Deutschland darstellt. Mit den vielen Flüchtlingen, die im vergangenen Jahr zu uns kamen, sind auch
124 andere kulturelle Wertvorstellungen zu uns gekommen. Wir respektieren die kulturelle Identität jedes
125 Einzelnen, aber gleichzeitig erwarten wir von jedem, der in Deutschland Schutz als Flüchtling nach der
126 Genfer Flüchtlingskonvention sucht, die Anerkennung als Asylsuchender oder den subsidiären Schutz
127 nach der Genfer Flüchtlingskonvention beantragt, dass er sich an die in Deutschland geltenden Gesetze
128 hält und unsere christlich-abendländischen Werte respektiert. Die Einhaltung unserer Gesetze muss
129 stets die unabdingbare Voraussetzung einer jeden, auch nur vorübergehenden, Aufenthaltserlaubnis
130 sein. Daher sind solche Flüchtlinge und Zuwanderer, die sich nicht an unsere Gesetze halten und Straftaten
131 begehen, nicht nur der Strafverfolgung zuzuführen, sondern zudem unter strikter Anwendung des
132 geltenden Rechts konsequent in ihre Herkunftsländer abzuschicken. **Wir als JU Landesverband Oldenburg sagen klar und deutlich: Wer in Deutschland Straftaten begeht, hat sein Gastrecht verwirkt!**

134 Im öffentlichen Umgang mit der Kriminalität von Flüchtlingen und Ausländern darf es auch keine Tabus
135 geben. **Wir als JU Landesverband Oldenburg fordern die Medien daher dazu auf, in der Berichterstattung über Straftaten die Herkunft der Täter oder Tatverdächtigen stets zu benennen.** Anders als viele
136 Vertreter des – überwiegend linken – Journalismus meinen, gibt es nämlich sehr wohl einen Zusammenhang
137 zwischen bestimmten Straftaten und der Herkunft der Täter. Dies haben nicht zuletzt die schockierenden sexuellen Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht 2015/16 in Köln und in anderen deutschen Städten gezeigt. Alle bisher in diesem Zusammenhang ermittelten Taten und Tatverdächtigen sind Migranten oder Menschen mit Migrationshintergrund.

142 Zur Wahrheit gehört jedoch auch, dass es infolge der Flüchtlingskrise zu einem deutlichen Anstieg an rechtsextremistisch-motivierten Straftaten kam, wie die Vielzahl von Brandanschlägen auf (geplante) Flüchtlingsunterkünfte und der Mordanschlag auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker exemplarisch zeigen. Es ist allein dem glücklichen Zufall geschuldet, dass es bei den Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte bisher noch keine Schwerverletzten oder Toten zu beklagen sind. **Wir als JU Landesverband Oldenburg verurteilen diese Taten auf Schärfste und sprechen uns dafür aus, dass die Täter die volle Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen.** Auch hier darf es keine falsch verstandene Rücksichtnahme geben, denn ein Angriff auf diejenigen Menschen, die bei uns Zuflucht und Schutz suchen, stellt immer auch einen Angriff auf unsere unveräußerlichen Rechte und christlichen Werte dar!

Maßnahmen zur Bekämpfung der steigenden Einbruchskriminalität

151 Eine besondere Gefahr für die Innere Sicherheit in Deutschland stellt der drastische Anstieg der Anzahl
152 der Wohnungseinbruchsdiebstähle dar, da er sich unmittelbar auf das Sicherheitsgefühl der Bevölke-
153 rung auswirkt. Im Jahr 2015 wurden bundesweit 167.136 Wohnungseinbruchdiebstähle registriert, was
154 eine Steigerung von 9,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2014: 152.123 Fälle) darstellt.⁴ Die Anzahl der
155 Wohnungseinbruchsdiebstähle hat damit ein trauriges Rekordniveau erreicht, während die Aufklä-
156 rungsquote mit 15,2 Prozent⁵ weiter zurückgegangen ist. Die dadurch verursachten Schäden beliefen
157 sich auf rund 441 Mio. EUR.⁶ Wesentlich schlimmer als die materiellen Schäden sind für die Opfer von
158 Wohnungseinbrüchen jedoch die psychischen Folgen. Mitunter leiden die Betroffenen so stark, dass sie
159 sich in psychiatrische Behandlungen begeben oder sogar aus ihrer Wohnung oder ihrem Haus ausziehen
160 müssen.

161 ***Vor diesem Hintergrund fordert der JU Landesverband Oldenburg daher sowohl die Bundesregierung***
162 ***als auch die niedersächsische Landesregierung auf, endlich eine wirksame Strategie zur Bekämpfung der***
163 ***Einbruchskriminalität zu entwickeln, die sowohl aus präventiven als auch repressiven Maßnahmen be-***
164 ***steht.***

165 Durch die Kampagne „K-EINBRUCH“ der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes
166 (ProPK) mit einem Tag des Einbruchschutzes wird auch in Niedersachsen bereits wertvolle Präventions-
167 arbeit geleistet. Diese Präventionsarbeit sollte jedoch weiter verstärkt werden. Eine wichtige Präventi-
168 onsmaßnahme gegen Wohnungseinbrüche stellen Maßnahmen zum Einbruchschutz an Wohnungen
169 und Häusern, wie etwa der Einbau von Alarmanlagen, Schutzbeschlägen oder von einbruchshemmenden
170 Fenstern und Rollläden dar. ***Damit möglichst große Teile der Bevölkerung in der Lage sind, ihre Woh-***
171 ***nung oder ihr Eigenheim effektiv vor Wohnungseinbrüchen zu schützen, fordern wir eine Ausweitung***
172 ***und Erhöhung der staatlichen Förderung durch die KfW für private Investitionen in den Einbruchs-***
173 ***schutz. Die Zuschüsse zu entsprechenden Investitionen sollte künftig je nach Investitionshöhe zwischen***
174 ***mind. 200 EUR und maximal 5.000 EUR liegen, statt bislang bei maximal 1.500 EUR. Ferner sollten***
175 ***Investitionen in die Einbruchssicherung auch steuerlich besser geltend gemacht werden können.***

176 Einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung von Wohnungseinbrüchen kann auch der Einsatz von compu-
177 tergestützten Früherkennungssystemen leisten, wie etwa von Precops (Pre Crime Observation System),

⁴ Polizeiliche Kriminalstatistik 2015, S. 73, im Internet abrufbar unter: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/05/pks-und-pmk-2015.html>; letzter Abruf: 06.07.2016.

⁵ Polizeiliche Kriminalstatistik 2015, S. 73, im Internet abrufbar unter: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/05/pks-und-pmk-2015.html>; letzter Abruf: 06.07.2016.

⁶ ⁶ Polizeiliche Kriminalstatistik 2015, S. 74, im Internet abrufbar unter: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/05/pks-und-pmk-2015.html>; letzter Abruf: 06.07.2016.

178 das mittlerweile in mehreren Bundesländern erfolgreich getestet wurde. An den sieben in- und ausländischen Standorten, an denen Precops bislang eingesetzt wurde, lag die Zahl der Einbrüche signifikant unter den Vergleichswerten.⁷ **Wir fordern daher, entsprechende Früherkennungssysteme zeitnah und flächendeckend in ganz Deutschland einzusetzen.** Die wichtigste Maßnahme zur Verhinderung von Wohnungseinbrüchen stellt jedoch eine starke und regelmäßige Präsenz der Polizei in den Wohngebieten dar. Durch eine Intensivierung der Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen kann auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, insbesondere in den ländlichen Regionen unseres Landes, wieder gestärkt werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei für uns als JU Landesverband Oldenburg, dass die Polizeipräsenz nicht nur in den Städten, sondern insbesondere auch im ländlichen Raum erheblich verstärkt wird. **Damit dieses Ziel erreicht werden kann, fordern wir die niedersächsische Landesregierung auf, nicht nur die Anzahl der Einstellungen in den Polizeivollzugsdienst in den kommenden Jahren deutlich zu erhöhen, sondern die Anzahl der Polizeidienststellen im ländlichen Raum wieder zu erhöhen und ihre Öffnungszeiten zu verlängern.**

Organisierte Kriminalität

191 Eine erhebliche Herausforderung für die innere Sicherheit in Deutschland stellt weiterhin die Organisierte Kriminalität dar, auch wenn die Anzahl der wegen Organisierter Kriminalität (OK) geführten Verfahren im Jahr 2014 mit 571 gegenüber dem Vorjahr (2013: 580) leicht gesunken ist.⁸ Unter Organisierter Kriminalität versteht man das planmäßige, arbeitsteilige und auf Dauer angelegte Zusammenwirken von Straftätern, das von Gewinn- und Machtstreben bestimmt ist und bei dem gewerbliche oder geschäftsähnliche Strukturen, Gewalt oder andere Formen der Einschüchterung oder die gezielte Einflussnahme auf Personen und Institutionen des öffentlichen Lebens zum Einsatz gelangen.⁹ Die Aktivitäten der Organisierten Kriminalität sind dabei weit gefächert. Das Hauptbetätigungsfeld von OK-Gruppen ist dabei nach wie vor die Rauschgiftkriminalität, gefolgt von den Eigentumsdelikten, der Wirtschaftskriminalität, Steuer- und Zolldelikten sowie dem illegalen Menschenhandel und der Förderung der Prostitution.¹⁰

202 Die besondere Problematik im Hinblick auf die Organisierte Kriminalität liegt dabei darin begründet, dass sie sich im Gegensatz zu anderen Kriminalitätsphänomenen, die sich gewissermaßen sichtbar in

⁷ „Computer gehen auf Verbrecherjagd“, Stuttgarter Zeitung vom 5.7.2016, im Internet abrufbar unter: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kriminalitaet-computer-gehen-auf-einbrecherjagd.9fcdf315-0d03-4413-8927-cc9f3354abee.html>; letzter Abruf: 06.07.2016.

⁸ Vgl. Organisierte Kriminalität – Bundeslagebild 2014, S. 4, im Internet abrufbar unter: http://www.bka.de/nn_233866/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/OrganisierteKriminalitaet/organisierteKriminalitaet__node.html?__nnn=true; letzter Abruf: 06.07.2016.

⁹ Vgl. Organisierte Kriminalität – Bundeslagebild 2014, S. 7, im Internet abrufbar unter: http://www.bka.de/nn_233866/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/OrganisierteKriminalitaet/organisierteKriminalitaet__node.html?__nnn=true; letzter Abruf: 06.07.2016.

¹⁰ Vgl. Organisierte Kriminalität – Bundeslagebild 2014, S. 21, im Internet abrufbar unter: http://www.bka.de/nn_233866/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/OrganisierteKriminalitaet/organisierteKriminalitaet__node.html?__nnn=true; letzter Abruf: 06.07.2016.

204 der Öffentlichkeit zeigen, überwiegend im Verborgenen vollzieht und für die meisten Bürger/innen un-
205 erkannt bleibt. Nichtsdestotrotz sind die durch die Organisierte Kriminalität verursachten Schäden
206 enorm. So belief sich die für das Jahr 2014 gemeldete Schadenssumme auf rund 540 Mio. EUR, wobei
207 allein knapp 222 Mio. EUR auf die organisierte Wirtschaftskriminalität entfielen.¹¹ Die Täter und Tatver-
208 dächtigen im Bereich der OK sind dabei in mehr als 60 Prozent der Fälle Ausländer, zumeist aus Osteu-
209 ropa und der Türkei.¹²

210 Die hohe Anzahl an ausländischen Tätern im Bereich der Organisierten Kriminalität ist nicht zuletzt da-
211 rauf zurückzuführen, dass die Grenzen innerhalb der Europäischen Union durch einen Wegfall der
212 Grenzkontrollen durchlässig geworden sind und sich die Menschen über die Binnengrenzen hinweg frei
213 bewegen können. Diese Entwicklung war politisch gewollt und wurde von der Jungen Union mit er-
214 kämpft. Unvergessen sind die Verbrüderungsszenen an den Schlagbäumen Ende der 1950er Jahre, als
215 junge Aktivisten mit ihrem grenzüberschreitenden Engagement die Vorläufer zum heutigen Schengen-
216 Abkommen gelegt haben. ***Wir wollen auch weiterhin ein offenes und freies Europa, aber zugleich auch***
217 ***eine sichere Heimat, in der sich jeder Bürger vom Staat ausreichend geschützt fühlt.***

218 Die Organisierte Kriminalität hat schon immer grenzüberschreitend gearbeitet. Sie kann daher nur dann
219 erfolgreich bekämpft werden, wenn die Zusammenarbeit und Kooperation der nationalen Sicherheits-
220 behörden in Europa weiter verstärkt und vertieft wird. Der Beschluss des Europäischen Rates vom
221 23. Juni 2008 zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämp-
222 fung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität („Ratsbeschluss Prüm“) stellt einen
223 wichtigen Meilenstein bei der Vertiefung der polizeilichen Zusammenarbeit in Europa dar. Der seitdem
224 mögliche automatisierte Austausch von DNA-Daten, Fingerabdruckdaten und Daten aus Kraftfahrzeug-
225 registern zwischen den Staaten bedeutet eine enorme Zeitersparnis und einen erheblichen Effizienzge-
226 winn für die Strafverfolgungsbehörden. ***Dennoch müssen die bürokratischen Hürden für den automati-***
227 ***schen Datenabgleich weiter gesenkt und dessen Effizienz weiter erhöht werden. Gesuchten Personen***
228 ***muss es unmöglich gemacht werden, sich durch Überschreiten von Binnengrenzen den Fahndungsmaß-***
229 ***nahmen zu entziehen.***

230 Ein weiterer wichtiger Baustein bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität stellen umfassende
231 und effiziente Kontrollen der EU-Außengrenzen dar, da zahlreiche Täter aus osteuropäischen Drittstaa-
232 ten stammen, die nicht Mitglied der EU sind. Sofern einzelne Mitgliedstaaten dazu nicht in der Lage
233 sind, muss diese Aufgabe als gemeinsame europäische Aufgabe begriffen und wahrgenommen werden.

¹¹ Vgl. Organisierte Kriminalität – Bundeslagebild 2014, S. 8 u. 23, im Internet abrufbar unter: http://www.bka.de/nn_233866/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/OrganisierteKriminalitaet/organisierteKriminalitaet__node.html?__nnn=true; letzter Abruf: 06.07.2016.

¹² Vgl. Organisierte Kriminalität – Bundeslagebild 2014, S. 8, im Internet abrufbar unter: http://www.bka.de/nn_233866/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/OrganisierteKriminalitaet/organisierteKriminalitaet__node.html?__nnn=true; letzter Abruf: 06.07.2016.

234 Außerdem müssen Polizei und Sicherheitsbehörden in den süd-osteuropäischen Mitgliedstaaten wie
235 Bulgarien und Rumänien endlich in die Lage versetzt werden, die Organisierte Kriminalität im eigenen
236 Land effektiv zu bekämpfen. Diese Staaten sind aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten und
237 einer ineffektiven Polizei und Justiz praktisch sowohl Aufmarschbasis als auch Absatzmarkt der Organi-
238 sierten Kriminalität. **Der JU Landesverband Oldenburg fordert die Bundesregierung daher dazu auf, sich**
239 **auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, die finanziellen Mittel für den Aufbau einer effektiven, dem**
240 **westeuropäischen Standard genügenden, Verbrechensbekämpfung in diesen Ländern zu erhöhen und**
241 **die Verwendung dieser Mittel penibel und nachdrücklich zu kontrollieren.**

Terror

242 Paris am 7. Januar 2015: Elf Personen werden bei einem Anschlag auf die Redaktion der Satire-Zeitschrift
243 Charlie Hebdo getötet. Paris knapp elf Monate später am 13. November 2015: 352 Menschen werden
244 bei verschiedenen Anschlägen im 10. und 11. Arrondissement und vor dem Fußballstadion in Saint-
245 Denis verletzt, 130 werden getötet. Brüssel am 22. März 2016: Am Flughafen Brüssel-Zaventem sowie
246 in der Brüsseler Innenstadt werden durch Selbstmordattentate 32 Menschen getötet. Und schließlich
247 Nizza am 14. Juli 2016: Ein einzelner Terrorist tötet bei einer Amokfahrt mit einem LKW 84 Menschen
248 und verletzt 202 weitere Menschen zum Teil schwer. Hinzu kommen zahlreiche Anschläge in der Türkei
249 seit 2015. Diese traurige Bilanz erwähnt nur einige der Terroranschläge der vergangenen Monate. Der
250 Terror scheint sich als ständige Gefahr auch in Europa zu etablieren.

251 Im Hinblick auf die Attentate von Paris und von Brüssel bestehen noch immer viele offene Fragen. Un-
252 klar ist dabei vor allem, wie die Attentäter in die Europäische Union (EU) gekommen sind. Sicher ist
253 wohl, dass einige von ihnen als Flüchtlinge getarnt über Griechenland eingereist sind. Sicher ist aber
254 auch, dass ein Großteil der Attentäter der Anschläge von Paris und Brüssel Bürger in den Mitgliedstaa-
255 ten der Europäischen Union waren und hier geboren wurden. Die sogenannte zweite bzw. dritte Gene-
256 ration von Zuwanderern scheint sich in den Pariser Vororten und dem Brüsseler Stadtteil Molenbeek
257 fernab der öffentlichen Wahrnehmung radikalisiert zu haben.

258 Im Zuge der Ermittlungen zur Aufklärung der verschiedenen Terroranschläge wurden deutliche Ver-
259 säumnisse der nationalen Ermittlungsbehörden beim Austausch von Daten sichtbar. **Wir als JU Landes-**
260 **verband Oldenburg fordern daher, die Zusammenarbeit der verschiedenen nationalen Ermittlungsbe-**
261 **hörden in einer zentralen europäischen Datenbank zu koordinieren. Des Weiteren fordern wir, dass die**
262 **nationalen Sicherheitsbehörden dazu verpflichtet werden, diese internationale Datenbank zu konsultie-**
263 **ren, sodass sich Ermittlungsfehler wie im Vorfeld der Anschläge in Brüssel nicht wiederholen können.**

264 Viele der Menschen, die im Zuge der Flüchtlingskrise nach Deutschland gekommen sind, wurden weder
265 an der EU-Außengrenze noch an der deutschen Grenze registriert. Entweder, weil die zuständigen Be-
266 hörden schlichtweg überfordert waren oder, weil sich die betreffenden Personen der Registrierung be-
267 wusst entzogen haben, da sie gar nicht registriert werden wollten. In der politischen Diskussion kursie-
268 ren Zahlen von 350.000 und 500.000 nicht registrierten Menschen, die sich in Deutschland aufhalten
269 (könnten) oder zumindest zeitweise aufhielten. Offizielle und belastbare Zahlen zu diesem Phänomen
270 gibt es zwar nicht, aber dennoch ist unbestritten, dass sich in Deutschland Menschen aufhalten, die nicht
271 registriert sind. Wir als JU Landesverband Oldenburg sehen es als untragbaren Zustand an, dass Men-
272 schen, die bei uns Schutz suchen, sich der Registrierung entziehen (können). Es ist das Recht und die
273 Pflicht der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Sicherheitsbehörden zu wissen, wer sich auf deut-
274 schem Staatsgebiet aufhält. Nur dann können die Sicherheitsbehörden ihrem Auftrag, die öffentliche
275 Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, überhaupt effektiv nachkommen.

276 ***Daher fordern wir die zuständigen Stellen auf, über entsprechende Mechanismen sicherzustellen, dass***
277 ***alle bisher eingereisten Menschen, die sich illegal und ohne Registrierung in unserem Land aufhalten,***
278 ***ausfindig gemacht und registriert werden. Ferner fordern wir, dass alle zukünftig einreisewilligen Men-***
279 ***schen ohne Registrierung nach Deutschland einreisen dürfen.*** Es muss der Grundsatz gelten: Wer sich
280 nicht registrieren lassen will und über keine gültigen Ausweispapiere verfügt, darf nicht in unser Land
281 gelangen. ***Um ausschließen zu können, dass sog. Schläfer über die Flüchtlingsrouten in die Europäische***
282 ***Union und nach Deutschland einreisen können, fordern wir als JU Landesverband Oldenburg eine euro-***
283 ***paweite Datenbank für Flüchtlinge, subsidiär Schutzberechtigte sowie Asylsuchende.*** Nur mithilfe einer
284 solchen Datenbank können vermeintliche Flüchtlinge als Terroristen oder Kriminelle schnell und effek-
285 tiv identifiziert werden und zum Schutze unserer inneren Sicherheit an einer Einreise gehindert werden.